

DER NEUE TAG

NR. 224 | FREITAG, 29. SEPTEMBER 2023

Oberpfälzischer Kurier Weiden

WWW.ONETZ.DE | 2,90 EURO

Der Fall Mirthes

Mit Plakaten sucht die Polizei in Schwandorf jetzt nach Zeugen und neuen Hinweisen im Mordfall Christa Mirthes. Am 16. Juni 1978 war die Leiche der 15-Jährigen in einem Brunnen gefunden worden. Seit Jahresbeginn befasst sich die Kripo Amberg wieder mit dem Fall.

► Seite 2

Bild: Armin Weigel/dpa



DIE GUTE NACHRICHT

Pustefix-Bär bleibt Amberg erhalten

Amberg. (nt/az) Er verschwindet nicht: Der Pustefix-Bär – wie etwa der Knorr-Elefant in Weiden ein heimliches Wahrzeichen seiner Stadt, das den Menschen ans Herz gewachsen ist – bleibt in Amberg. Die Zukunft des süßen Plüschbären, der an der Hausfassade des Spielwarenladens Moedel in der Innenstadt hing und Seifenblasen produzierte, war nach dem Moedel-Aus im Sommer ungeklärt – und das sorgte für einen Aufschrei im Internet. Nun ist klar, wie es weitergeht: Der neue Buchladen Thalia übernimmt den Bären, der damit nur ein paar Meter weiter zieht. Geplant ist, den Bären an sonnigen Samstagen an die Fassade zu hängen. Die Buchhandlung, die am 4. Oktober öffnet, übernimmt auch drei Moedel-Mitarbeiter.

SIE LESEN HEUTE

Ein OTH-Professor über Künstliche Intelligenz

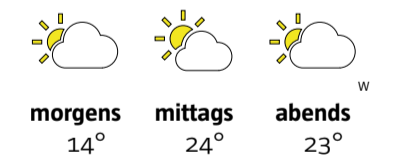


► Beilage

Domenika Mayer im Eiltempo zu Olympia

Sport ► Seite 26

WETTER HEUTE



SERVICE

Der neue Tag
Weigelstraße 16
92637 Weiden

Amberger Zeitung
Mühlgasse 2
92224 Amberg

Abo-Service: Telefon 0961/85-501
Anzeigen: Telefon 0961/85-502
Redaktion: Telefon 0961/85-257
E-Mail: info@oberpfalzmedien.de

Weitere Artikel und Inhalte finden Sie auf unserer Homepage unter

Onetz.de



Millionen für die nördliche Oberpfalz: Bund fördert Flossenbürg und Speinshart

Gute Nachrichten für das Kloster Speinshart und die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg: Aus dem Fördertopf „Kultur-Invest“ des Bundes fließen Millionen in die nördliche Oberpfalz. Zwei große Projekte sind dadurch nun abgesichert.

Speinshart/Flossenbürg. (wüw) Mehr als 10 Millionen Euro für die nördliche Oberpfalz: Der Bund fördert mit Mitteln des Programms „Kultur-Invest“ das Kloster Speinshart und die KZ-Gedenkstätte in Flossenbürg. Außerdem fließen nochmals knapp 2 Millionen Euro in zwei Projekte in Regensburg.

Besonders groß dürfte die Erleichterung dabei in Flossenbürg und bei der Stiftung Bayerische Gedenkstätten sein. Im Frühjahr hatte die Entscheidung aus Berlin für Aufsehen gesorgt, dass Förderanträge der beiden Gedenkstätten in Flossenbürg und Dachau an das Programm „Kultur-Invest“ nicht berücksichtigt werden können. Vorübergehend schien dadurch die Integration des früheren KZ-Steinbruchs in die Gedenkstätte gefährdet. Diese Integration soll 2024

starten. Allerdings hatte sich der Flossenbürger Gedenkstättenleiter Jörg Skriebeleit schon nach der ersten Ablehnung entspannt gegeben und darauf verwiesen, dass ein neu formulierter Antrag durchaus Chancen auf Förderung habe.

Ausstellungen und Kunstprojekte Skriebeleit sollte Recht behalten. Im Sommer wurde ein neuer Antrag eingereicht, nun stellt der Bund 4,3 Millionen Euro für die Gedenkstätte zur Verfügung. Konkret soll mit dem Geld das ehemalige Verwaltungsgebäude der Deutschen Erd- und Steinwerke (DESt) ertüchtigt werden, um Räume für Sonderausstellungen, Kunstprojekte und Co-Working-Spaces zu schaffen.

Das NS-Unternehmen betrieb den Steinbruch in der Zeit des Dritten Reichs. Tausende Häftlinge des KZ Flossenbürg wurden in dieser Zeit in dem Steinbruch am Wurmstein unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen. „Die authentischen Orte sind Voraussetzung für eine innovative Erinnerungskultur“, kommentierte Jörg Skriebeleit laut einer Mitteilung der Stiftung nun die Förderzusage. „Mit den genehmigten Mitteln können wir auf dem Areal des früheren KZ-Steinbruchs nun die

nächsten Schritte angehen.“ Auch das Kloster Speinshart im westlichen Teil des Landkreises Neustadt/WN kann sich über eine Förderzusage freuen. 6,05 Millionen Euro aus dem „Kultur-Invest“-Topf fließen an das Kloster. Mit dem Geld sollen die nötigen Aus- und Umbauarbeiten im Umfeld des Klosters mitfinanziert werden, die für den Aufbau eines Wissenschaftszentrums mit dem Schwerpunkt Hochtechnologie nötig sind. Erst am Mittwoch hatte Bayerns Wissen-



Beste Aussichten für die Zukunft des Klosters Speinshart. Archivbild: idu

schaftsminister Markus Blume im Kloster die finale Zusage des Freistaats für das Wissenschaftszentrum gegeben.

Hoffnung erfüllt

Demnach soll jährlich eine Million Euro für den Betrieb des Zentrums bereitstehen. Zudem wolle sich auch der Freistaat an den nötigen Baumaßnahmen beteiligen. Für einen ersten Bauabschnitt sind 12 Millionen Euro veranschlagt. Blume sprach in Speinshart davon, dass man auf eine Beteiligung des Bundes von 50 Prozent hoffe. Mit der am Donnerstag im Haushaltsausschuss des Bundestags ergangenen Zusage hat sich diese Hoffnung tatsächlich schon erfüllt.

Tobias Reiß reagierte begeistert auf die Zusage. Der CSU-Landtagsabgeordnete gilt als Vater des Wissenschaftszentrums, wirbt seit Jahren dafür, einen Rückzugs- und Austauschraum für High-Tech-Wissenschaftler in Speinshart zu schaffen. „Die Förderzusage ist eine riesige Erleichterung“, so Reiß in einer Mitteilung. Kloster und Gemeinde Speinshart können nun „die Finanzierung der Sanierung und Erweiterung der Klosteranlage für den zukünftigen Betrieb als Wissenschaftszentrum schultern“.

Bayern will Cannabis-Konsum eindämmen

Bei Legalisierung eine „zentrale Kontrolleinheit“ mit stärkerer Überwachung geplant – An diesem Freitag Thema im Bundesrat

München. (dpa) Bayern will für den Fall einer Cannabis-Legalisierung den Konsum mit einer „zentralen Kontrolleinheit“ eindämmen. „Diese Kontrolleinheit soll durch einen strengen Vollzug des Cannabis-Gesetzes der Bundesregierung durch den Freistaat den Konsum dieser gefährlichen Droge eindämmen und so weit wie möglich verhindern“, kündigte Gesundheitsminister Klaus Holetschek am Donners-

tag an. Auf Nachfrage erläuterte der CSU-Politiker, dass die Einheit für die Erteilung von Erlaubnissen für Anbauvereinigungen sowie für deren Überwachung zuständig sein solle. „Weitere Details sind in Abstimmung.“

Man werde zudem alle infrage kommenden juristischen Schritte ergreifen, um gegen das Gesetz vorzugehen, sollte es in Kraft treten. „Denn das Vorhaben der Berliner

Ampel bedroht die Gesundheit insbesondere junger Menschen“, sagte Holetschek. Am Freitag hat der Bundesrat Gelegenheit, zu den Plänen der Ampel-Regierung für eine Cannabis-Freigabe Stellung zu nehmen. Bayern will in der Länderkammer „einen Plenarantrag stellen, mit dem der Gesetzentwurf vollständig abgelehnt wird.“

Die Ampel-Regierung hatte den Gesetzentwurf für eine teilweise

Legalisierung Mitte August auf den Weg gebracht. Gesundheitsminister Karl Lauterbach sprach von einer „Wende in der Drogenpolitik“ und zeigte sich überzeugt, dass damit der Schwarzmarkt eingedämmt, Drogenkriminalität bekämpft und der Gesundheitsschutz erhöht werden kann. Das Vorhaben muss noch durch Bundestag und Bundesrat. In der Länderkammer ist es aber nicht zustimmungspflichtig.